

Auf die kommende – gewählte – Regierung wartet viel Arbeit

Jetzt zählt Politik, die für die Menschen da ist

Nach dem Ibiza-Video bleibt politisch kein Stein auf dem anderen. Vor den Neuwahlen im Herbst können die Parteien zeigen, auf welcher Seite sie stehen. Machen sie Politik, die die Interessen der Menschen unseres Landes verkauft, die Großspendern großen Einfluss gibt und Wirtschaftsinteressen in den Vordergrund stellt? Oder steht das Wohl der Beschäftigten im Mittelpunkt? AK-Präsident Peter Eder rät: „Die Menschen sollten genau darauf schauen, wer die Anliegen der Beschäftigten ernst nimmt.“

Auf jene Regierung, die nach der Übergangsregierung im Herbst kommt, wartet viel Arbeit: Bei der Arbeitszeit geht es ums gesunde Maß zwischen Arbeit und Freizeit, um Selbstbestimmung statt aufgezwungener 60-Stunden-Woche. Auch in Sachen Wohnen

sind Rezepte gefragt, um die immer extremen Preise in den Griff zu bekommen.

Steuerreform, die diesen Namen auch verdient

Die von der letzten Regierung angedachte Entlastung basiert zu einem großen Teil auf einer Senkung

der Sozialversicherungsbeiträge. Das könnte sich aber als Bumerang erweisen: Diese würde dem Einzelnen im Schnitt gerade einmal etwa 17 Euro monatlich bringen, der Salzburger Krankenkasse aber möglicherweise 60 Millionen Euro entziehen. Die Folge könnten höhere Selbstbehalte sein, was das kleine Plus am Konto sofort wieder auffressen würde.

AK-Präsident Eder: „Deshalb brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient.“ Lösungen im Sinne der Beschäftigten erwartet sich Eder von der nächsten gewählten Regierung auch bei Pflege, Verkehr und Kinderbetreuung.

„Unsere Konzepte liegen auf dem Tisch und müssten nur aufgegriffen werden. Leider hat die bisherige Regierung die Arbeitnehmerinteressenvertretungen AK und ÖGB nicht einbezogen“, bedauert der AK-Präsident.

Demokratie heißt Mitbestimmung

„In Zeiten des Umbruchs ist das Drei-Säulen-Modell der Interessenvertretung – Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeiterkammer – ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie und Garant der Stabilität in stürmischen Zeiten. Jede künftige Regierung sollte die Rechte der Arbeitnehmer ausbauen, statt sie zu schwächen“, so der AK-Präsident.

Er verspricht: „Auch nach der Neuwahl im Herbst werden wir die Regierung danach beurteilen, was sie für die Arbeitnehmer leistet.“

Zur Sache



AK-Präsident Peter Eder

Gemeinsam für gute Lösungen

Im Herbst entscheiden die Menschen, ob die Wünsche der Wirtschaft weiterhin mehr wert sein sollen als die Interessen der Arbeitnehmer. Auch wenn die Senkung der AK-Umlage vorerst kein Thema mehr ist, ist diese wohl nur aufgeschoben.

Eines ist klar: Eine Schwächung der AK bedeutet eine Schwächung der Rechte der Arbeitnehmer. Auf Ausreden sollten die Menschen dabei nicht hereinfallen.

Die Einführung der 60-Stunden-Woche oder die Machtübernahme der Arbeitgeber in der Sozialversicherung waren keine „b'soffene G'schicht“, sondern Geschenke an die Wirtschaft.

Im Gegensatz dazu steht die AK auch in Zukunft für Lösungen für die Menschen. Die großen Herausforderungen – gesundes Mittelmaß zwischen Arbeit und Freizeit, leistbares Leben und Wohnen, Pflege, Verkehr und Vereinbarkeit von Beruf und Familie – können nur gemeinsam bewältigt werden.

Und an die Adresse der nächsten gewählten Bundesregierung gerichtet: Gerne bringen wir unsere Vorschläge in den kommenden Monaten verstärkt in die politische Diskussion ein.

Dazu müssen die Sozialpartner aber von der Politik zum Dialog eingeladen und nicht wie in den vergangenen Monaten ignoriert werden.



Eine Politik für die Menschen ist gefragt

Neues AK-Service hilft bei Pflegegeld-Einstufung

Ob Schlaganfall oder Krankheit – Pflegebedürftigkeit in der Familie ändert alles. Pflege ist teuer, deshalb spielt für viele Familien das Pflegegeld eine große Rolle. Dessen Höhe hängt davon ab, wie viel Hilfe jemand im Alltag, zum Beispiel bei Körperpflege oder Anziehen, braucht. Zahlreiche Beratungen in der AK zeigen, dass viele Pflegegeldbezie-

her zu niedrig eingestuft sind. Deshalb rät die AK, die Pflegebedürftigkeit genau zu dokumentieren.

Unterstützung bietet dabei ein neues Service der Arbeiterkammer: Mit dem „AK-Pflegetagebuch“ können Angehörige die benötigte Hilfe übersichtlich darstellen. Download unter: www.ak-salzburg.at/pflegetagebuch